

1 Leit Antrag des Schleswig-Holstein Rates am 19. Februar 2011 zum Thema Energiepolitik

2 3 4 **Einleitung und politische Ziele**

5 Das übergeordnete energiepolitische Ziel der JUNGEN UNION Schleswig-Holstein ist die Gewährleistung einer
6 permanenten Energieversorgung. Die Energieversorgung Schleswig-Holsteins, Deutschlands und der
7 Europäischen Union darf nicht durch kaum beeinflussbare Entwicklungen in politisch instabilen Regionen
8 gefährdet werden.

9
10 Darüber hinaus setzt sich die JUNGE UNION Schleswig-Holstein angesichts des wissenschaftlichen Konsenses,
11 dass CO₂-Ausstoß klimabeeinflussende Auswirkungen hat, für die Reduktion des CO₂-Ausstoßes ein.

12
13 Durch die angesprochene reduzierte Herkunftsdiversifizierung unserer Energie, sowie den für die Reduktion von
14 CO₂-Ausstoß benötigten Aufbau erneuerbarer Energien, ist angesichts der deutlich höheren Erzeugungskosten
15 im Bereich der regenerativen Energien ein gewisser Anstieg der Strompreise nicht vermeidbar. Um den
16 Bürgerinnen und Bürgern keine zu hohen Strompreise zuzumuten und um die Wettbewerbsfähigkeit von in
17 Deutschland produzierenden Unternehmen zu gewährleisten, müssen Maßnahmen gefunden werden, die
18 sicherstellen, dass die Strompreise in Deutschland nicht überproportional.

19
20 Die Energiebranche ist ein Zukunftsmarkt, der Schleswig-Holstein zahlreiche Perspektiven bietet. Damit auch
21 Schleswig-Holsteins Energieindustrie von dem in der Bundesrepublik zu beobachtenden erhöhten
22 Energieverbrauch profitiert, muss dafür gesorgt werden, sodass in Schleswig-Holstein wettbewerbsfähige
23 Voraussetzungen zur ertragsreichen und effizienten Energieproduktion geschaffen werden.

24
25 Um diese Ziele zu erreichen, hält die JUNGE UNION Schleswig-Holstein die Umsetzung des folgenden
26 Maßnahmenkatalogs für erforderlich.

27 28 29 **Kernkraft als „Brückentechnologie“ beibehalten**

30 Durch Kernkraft decken wir in Deutschland etwa 25% unseres Strombedarfs. Kernenergie ist weitgehend CO₂-
31 neutral und bietet sehr gute Versorgungssicherheit sowie Preisstabilität, was größere Investitionen für
32 erneuerbare Energien und den Netzausbau ermöglicht. Zudem sind Kernkraftwerke besser als Kohlekraftwerke
33 geeignet, den Schwankungen der Grundlast durch zügiges An- und Runterfahren des Reaktors zu begegnen.

34
35 Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein sieht keine zusätzliche Gefahr durch die Verlängerung der Laufzeiten, da
36 die ohnehin bereits hohen Sicherheitsanforderungen an die Kernkraftwerke im Rahmen der 12.
37 Atomgesetznovelle erweitert wurden.

38
39 Konkret fordert die JUNGE UNION Schleswig-Holstein:

- 40 1. an der Kernkraft als Brückentechnologie festzuhalten, da wir noch nicht in der Lage sind, unseren
41 nationalen Energiebedarf über erneuerbare Energien oder andere derzeit in der Entwicklung befindlichen
42 Energieträger zu decken,
- 43 2. eine zügige, jedoch sorgfältig geprüfte, im Hinblick auf den Standort ergebnisoffene Suche und
44 langfristig tragbare Entscheidung bezüglich der Endlagerungsproblematik.
- 45 3. ein Bekenntnis der CDU Schleswig-Holstein sowie der Landesregierung zu allen schleswig-holsteinischen
46 Atomkraftwerksstandorten zur Sicherung der hiesigen Arbeitsplätze.

47 48 49 50 51 **Brennelementesteuer verbessern**

52 Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein begrüßt die Einführung der Kernbrennstoffsteuer. Die
53 Kernbrennstoffsteuer kann zurzeit jedoch von Unternehmen als Betriebsausgabe von der Steuer abgezogen
54 werden. Dies führt zu Gewinnmaximierung der Stromkonzerne und einem verringerten Steueraufkommen. Diese
55 Situation ist inakzeptabel. Um glaubwürdig Vorteile für die regenerativen Energien aus der Verlängerung der
56 Laufzeiten für Kernkraftwerke zu generieren, muss es zu einer Regelung kommen, die nicht bloß eine zusätzliche
57 Belastung des Steuerzahlers darstellt.

58
59 Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert daher:

- 60 4. die Kernbrennstoffsteuer in Zukunft als nicht-abziehbare Betriebsausgabe zu klassifizieren,

5. die ausschließliche Nutzung der Kernbrennstoffsteuer zur Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien
6. den Gewinn aus der erhobenen Kernbrennstoffsteuer nicht nur zur Förderung der regenerativen Energieformen einzusetzen, sondern diesen Ertrag im besonderen Maße auch in neue Innovationen
7. die zusätzliche Heranziehung der Kraftwerksbetreiber zur Finanzierung eines Endlagers

Energie aus Kohlekraft nicht als „Brückentechnologie“ implementieren

Die Gewinnung von Energie aus Kohlekraft stellt die Erzeugungsform dar, bei der am meisten CO₂ emittiert wird. Im Vertrauen auf den Bestand der Laufzeitbegrenzung für Kernkraftwerke wurden zahlreiche neue Kohlekraftwerke geplant und genehmigt, die entweder bereits ans Netz gegangen sind oder dies in absehbarer Zeit tun werden. Dies war notwendig, um den drohenden Verlust der Erzeugungsform Kernkraft auffangen zu können und die in Deutschland noch vorhandenen fossilen Energieträger verwerten zu können, bevor der Wegfall der Kernkraft zu einer vollständigen Abhängigkeit Deutschlands von ausländischen Rohstoffimporten geführt hätte. Dennoch ist besonders unter dem Aspekt der Klimaschädlichkeit des emittierten CO₂ die Kernkraft mit Abstand die vorzuzugswürdigere „Brückentechnologie“.

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert daher:

8. die Streichung sämtlicher Subventionen für die Kohleförderung in Deutschland,
9. ältere Kohlekraftwerke vom Netz zu nehmen, sobald deren Anteil an der Energieerzeugung durch neuere Kraftwerke mit höheren Wirkungsgraden abgedeckt werden kann,
10. die Ablehnung der den neuen Kohlekraftwerken entgegengestellten Forderung eines breiten Einsatzes von Gaskraftwerken (die Versorgungssicherheit würde dadurch in inakzeptabler Weise gefährdet, da der Gasmarkt derzeit keine diversifizierten Beschaffungswege bereithält),

CO₂ Reduktion durch CO₂-Abscheidung und -Speicherung

Trotz moderner Kohlekraftwerke mit hohen Wirkungsgraden entsteht beim Verbrennungsprozess von Kohle nach wie vor CO₂, das in der Atmosphäre als klimabeeinflussende Treibhausgas wirkt. Das Ziel sollte es daher sein, diese Emissionen zu verhindern. Dabei sollte man jedoch nicht auf die Abscheidung im CCS Verfahren zurückgreifen, da dies unausgereift ist. Eine unterirdische CO₂ – Endlagerung würde die drängende CO₂ Problematik zudem nicht lösen, aber die Entwicklung CO₂ armer bzw. loser Anlagen zurückwerfen.

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert daher:

11. die Erkundung geeigneter CCS-Flächen– ausdrücklich auch, wenn diese in Schleswig-Holstein liegen.

Außenpolitische Unabhängigkeit durch Energiesicherheit garantiert

Weltweit steigt der Bedarf an fossilen Energieträgern. Aufstrebende Volkswirtschaften wie China, Indien und Brasilien bilden neue Konkurrenten auf einem ohnehin schon umkämpften Rohstoffmarkt. Deutschland ist als relativ rohstoffarme Industrie- und Technologienation stärker als Nationen mit hoher Eigenförderung (wie z.B. Norwegen und Kanada) auf ein stabiles Angebot an Öl, Gas und Kohle angewiesen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass diese Stabilität durch Kartellbildungen auf der einen und internationale politische Krisen auf der anderen Seite stets in Preisexplosionen mit darauf folgenden Finanz- und Wirtschaftskrisen umschlagen kann. So haben die Ölkrisen der Jahre 1973 und 1979/1980 genau wie der Golfkrieg des Jahres 1990 gezeigt, wie stark die Abhängigkeit unserer Volkswirtschaft von globalen und daher nur schwer zu beeinflussenden Faktoren ist. Dieses Problem ist umso gravierender, als Deutschland einen Großteil seiner Energieträger aus instabilen Regionen bezieht oder hierfür auf Partnerschaften mit Staaten angewiesen ist, deren Politik mit unserem Verständnis von Menschenrechten und Demokratie nicht zu vereinbaren ist.

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert daher

12. auch künftig eine Diversifizierung der Stromerzeugung bzw. der Treibstoffe anzustreben. Nur wenn wir das Risiko streuen und ein ausgewogenes Verhältnis von Kern-, Gas- und Kohlekraftwerken zur Deckung der Grundlast vorhalten, ist eine verlässliche Versorgung bis zum ausreichenden Ausbau der regenerativen Energie sicherzustellen. Hierbei kommt neben dem Erhalt der Kernkraft sowie dem Betrieb effizienter Kohlekraftwerke insbesondere der Ausweitung der Stromerzeugung durch regenerative Träger eine hohe Bedeutung zu.
13. Die bilaterale Zusammenarbeit zu intensivieren. So können Projekte wie Desertec (Bau von Solarparks in Nordafrika für europäische Abnehmer) und Nabucco (Pipeline Türkei/Bulgarien/Rumänien/Ungarn/Österreich) neben einer größeren Unabhängigkeit auch das Zusammenwachsen des europäischen Wirtschaftsraumes fördern. Die JUNGE UNION Schleswig-

120 Holstein begrüßt in diesem Zusammenhang auch den Bau der Ostseepipeline Nord Stream. Langfristige
121 Lieferverträge unter Umgehung instabiler Transitländer gewährleisten.
122
123

124 **Nach europaweiter Zielsetzung auch europaweite Maßnahmen durchsetzen**

125 Zur Bekämpfung der sich aus dem Klimawandel ergebenden Probleme wurden mit den 2020-Zielen der EU
126 weltweit deutliche Maßstäbe gesetzt. Neben diesen gemeinsamen Zielen ist Europa dennoch von einer
127 einheitlichen Energiepolitik in Bezug auf das Erreichen dieser Ziele weit entfernt. So besteht die europäische
128 Energieversorgung aus einer mehr oder weniger ungeordneten Mischung aus Kohle- oder Kernkraftwerken und
129 Trägern erneuerbarer Energien. Dabei besteht europaweit politisch wie gesellschaftlich eine gesplante Haltung
130 gegenüber der Kernkraft.
131

132 Fraglich ist hierbei, ob bei einer gemeinsamen Zielsetzung der Verminderung des CO₂-Ausstoßes, die
133 Europäische Union überhaupt willens ist, ihre energiepolitischen Entscheidungen sinnvoll zu bündeln und ihre
134 Energieproduktion als Projekt der europaweiten Arbeitsteilung versteht. Diese bestünde aus einer europaweiten
135 Standortanalyse für Zwischen- und Endlagern und einer Entwicklung eines europaweiten Konzepts zur Kontrolle
136 von Kernkraftwerken, damit Risiken vermindert werden können.
137

138 Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert:

- 139 14. eine europaweite Arbeitsteilung im Sinne einer abgestimmten Energiepolitik, die über einzelne Projekte
140 hinaus für die Angleichung der energiepolitischen Standards verantwortlich ist,
- 141 15. ein Verbot von Atommüllexporten in Staaten außerhalb der EU. Es bestünde sonst eine große Gefahr,
142 dass Atommüll in Drittstaaten ohne entsprechende Sicherheitsstands geliefert würde.

143 **Energiewirtschaft dezentralisieren**

144 In konventionellen Kondensationskraftwerken gehen 62% der Energie in Form von Wärme verloren. Nach
145 weiteren Übertragungsverlusten können nur 36% der Primärenergie genutzt werden. Kraftwerke in
146 Großstadregionen können durch Kraftwärmekopplung einen deutlich verbesserten Wirkungsgrad erreichen. Ein
147 Fernwärmenetz als Abnehmer ist aber Voraussetzung. So können bis zu 79% der Primärenergie genutzt werden.
148 Dezentrale Blockheizkraftwerke (BHKW) besitzen zusätzlich ein erhebliches Einsparpotenzial bei den
149 Übertragungsverlusten. Hier können ca. 87% der Primärenergie für Strom und ein Nahwärmenetz genutzt
150 werden.

151 Neben einer gesteigerten Energieeffizienz durch eine technische Dezentralisierung kann aber auch eine bessere
152 Preisstabilität durch eine organisatorische Dezentralisierung erreicht werden.
153

154 Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert daher:

- 155 16. eine stärkere Dezentralisierung der Energiewirtschaft,
156
157

158 **Erneuerbare Energien fördern, aber einen bezahlbaren Strompreis halten**

159 Die unmittelbare Stromerzeugung aus der Kraft der Sonne ist eine langfristige Chance. Durch das Erneuerbare
160 Energien Gesetz (EEG) hat die Photovoltaikbranche einen beispiellosen Aufschwung erlebt, da die hohen
161 Anfangsinvestitionen durch die langfristig planbare Einspeisevergütung besser finanzierbar waren. Die jährliche
162 Verringerung der Vergütung ist jedoch zu begrüßen, damit die Solarbranche langfristig durch mehr Wettbewerb
163 ohne diese Subventionierung auszukommen lernt und sich weiter entwickelt.
164

165 Das gilt für alle Bereiche der erneuerbare Energien. Ziel muss es sein, dass diese ohne subventionierte
166 Einspeisevergütungen auskommen. Die Förderungen müssen immer im Verhältnis zum Strompreis und der
167 eingespeisten Menge gesehen werden.
168
169

170 Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert daher:

- 171 17. die zielgerichtete Förderung der erneuerbaren Energien, aber immer im Verhältnis eines bezahlbaren
172 Strompreises für Privatpersonen und Unternehmen.
173
174

175 **Energieproduktion durch Windkraft ausbauen**

176 Deutschland ist heute das Land mit der höchsten installierten Kapazität an Windenergie weltweit. Dies hat,
177 neben den positiven Aspekten für den Klimaschutz und der Diversität der Energieversorgung, einen Schub in der
178 Forschung, Entwicklung und Vermarktung von Windkraftanlagen „Made in Germany“ ausgelöst. Heute sind
179 deutsche Firmen weltweit Marktführer im Bau von Windkraftanlagen. Gleichzeitig hat die Massenfertigung von

180 Windkraftanlagen einen deutlichen Preisverfall für die einzelne Anlage verursacht. Windkraftträder in
181 meteorologisch günstigen Regionen, wie Schleswig-Holstein, können sich mittlerweile in wenigen Jahren
182 amortisieren.
183

184 Der Boom der Windenergie führt immer öfter zu Zielkonflikten zwischen Umweltschutz und Landschaftsschutz.
185 Die Verhältnismäßigkeit zwischen den Interessen einzelner Anlieger und dem notwendigen Ausbau regenerativer
186 Energien muss gewährleistet sein. Dies kann durch die Bündelung von Windkraftträdern in Off-Shore-Windparks
187 unterstützend erreicht werden. Gerade Schleswig-Holstein hat mit der Nord- und Ostsee riesiges Potential.
188 Voraussetzung dafür ist aber eine leistungsfähige Netzinfrastruktur, die fähig ist unregelmäßig produzierten
189 Strom zu transportieren und zu speichern. Bis aber die Off-Shore-Anlagen in Betrieb sind, müssen die On-Shore
190 Anlagen ausgebaut werden. Dies muss einmal durch das weitere Ausweisen von geeigneten Windenergieflächen
191 geschehen und zum anderen durch die Aufrüstung bestehender Anlagen. Um besonders das Anliegen der
192 Anwohner mit einzubeziehen, muss eine Minderheit der Beteiligung der Bürger am Windpark ermöglicht werden.
193

194 Der Ausbau regenerativer Energien ist ohne eine Aufrüstung bisheriger Hoch- in Höchstspannungsnetze (220 kV
195 auf 380 kV) nicht denkbar. Ohne zusätzliche Kapazitäten können die zunehmenden Mengen regenerativer
196 Energien aus Nordeuropa unter Spitzenlast nicht in Richtung Südeuropa abgeleitet werden. Die Junge Union
197 bekennt sich daher zum beschleunigten Ausbau der Hochspannungsnetze im Rahmen des
198 Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) und lehnt die Einrichtung weiterer, abseits der im EnLAG bereits
199 festgelegten, Pilottrassen zur Erkundung der Erdverkabelung ab. Solange es keine Erkenntnisse über die
200 Auswirkungen auf die Umwelt, den Wartungsbedarf und der damit verbundenen Erhöhung des Preises je
201 Kilowattstunde gibt, erscheint dies nicht zielführend.
202

203 Konkret fordert die JUNGE UNION Schleswig-Holstein:

- 204 18. den Anteil der Windkraft an der Stromerzeugung – unter Berücksichtigung der berechtigten Anliegen
205 der Anwohner – von derzeit 1% auf 1,5% zu erhöhen,
- 206 19. das Vorantreiben der Off-Shore-Anlagen,
- 207 20. eine Minderheitsbeteiligung der Bürger muss gewährt werden,
- 208 21. keine Einrichtung weiterer Pilottrassen zur Erkundung der Erdverkabelung,
- 209 22. eine Förderung der Repowering

210

211 **Biogas verantwortlich nutzen**

212 In Schleswig-Holstein hat der Bau von Biogasanlagen erheblich zugenommen. Die Erzeugung von Biogas ist nur
213 attraktiv, wenn es, ähnlich wie bei Strom aus regenerativen Energiequellen, in das bestehende Gasleitungsnetz
214 zusätzlich zu konventionellem Erdgas eingespeist werden kann. Ergänzend dazu ist auch die Einspeisung von
215 Strom aus Biogasanlagen möglich. Die Biogasanlage wird vor allem mit Mais bestückt. Um dies zu fördern, wurde
216 der sogenannte Bonus für nachwachsende Rohstoffe (NawaRo-Bonus) eingeführt. Der sieht vor, dass sich die
217 Grundeinspeisevergütung um bis zu 6 Eurocent/kWh erhöht, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Zu
218 den Voraussetzungen gehört, dass der Strom ausschließlich aus Pflanzen oder Pflanzenbestandteilen gewonnen
219 wird, die in landwirtschaftlichen Betrieben anfallen und keiner weiteren als der zur Ernte, Konservierung oder
220 Nutzung in der Biomasseanlage erfolgten Aufbereitung unterzogen wurden. Gleichzeitig hängt die Intensität der
221 zusätzlichen Förderung von der Größe der Biogas-Anlage ab. Dieser NaWaRo-Bonus hatte zur Folge, dass in
222 Schleswig-Holstein immer mehr Flächen zum Maisanbau genutzt wurden. Viele Landwirte haben ihre Flächen an
223 Biogasbetreiber verpachtet. Dadurch sind die Pachtpreise teilweise um 50% gestiegen. Der NaWaRo-Bonus führt
224 zu einer Überförderung der Biogasanlagen, was das Gleichgewicht und den fairen Wettbewerb zwischen
225 Anlagenbetreibern und Landwirten gefährdet. Stattdessen sollte der Bonus für Gülle erhöht werden und ein
226 Bonus für Abfallprodukte geschaffen werden. Dies soll den Anreiz geben, den Anteil von Mais von derzeit über
227 80% auf 20% zu senken. Um aber auch über diesen Bonus eine Überförderung zu vermeiden, sollte wie bei
228 Photovoltaikanlagen eine Degression der Grundvergütung eingeführt werden. Die Landkreise in Schleswig-
229 Holstein sollten sich dafür einsetzen, den Bioabfall der Haushalte an Biogasanlage weiterzuleiten. Vorreiter sind
230 hier die Landkreise Stormarn und Lauenburg. Hierdurch kann erreicht werden das Abfallprodukte sinnvoll
231 genutzt werden können.
232

233

234 Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert daher:

- 235 23. die Abschaffung des NaWaRo-Bonus,
- 236 24. die Ausschreibung des Bioabfalls als Biomasse für Biogasanlagen,
- 237 25. die Erhöhung des Gülle-Bonus,
- 238 26. eine Degression der Grundvergütung in der Höhe des neuen Abfall-Bonus,
- 239 27. Genehmigung von Biogasanlagen nur wenn ein schlüssiges Wärme- und Stromkonzept vorhanden ist,

240 28. eine geregelte Degression und ldw. Nutzfläche, die zur Biogasproduktion genutzt wird.

241

242

243 **Energieverbrauch durch Energetische Gebäudesanierung reduzieren**

244 Zusätzlich zu dem Ausbau erneuerbarer Energien muss der Energieverbrauch durch eine optimale Ausschöpfung

245 von Energieeinsparpotenzialen reduziert werden. Hierfür bietet die Energetische Gebäudesanierung das größte

246 Einsparpotenzial. Bislang wurde – so die Deutsche Energieagentur (DENA) – von den möglichen energetischen

247 Einsparpotenzialen bei Sanierungen durchschnittlich nur rund ein Drittel genutzt.